Antrag Nr. 2

der **AUGE/UG –Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen Wien**
an die 186. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 3. November 2026

Leistbare Öffis in Wien und Österreich sichern – sozial gerechte Mobilität stärken

Leistbare Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Ein gut ausgebauter, zuverlässiger und für möglichst viele Menschen erschwinglicher öffentlicher Verkehr ist daher sowohl eine sozialpolitische als auch eine klima- und verkehrspolitische Aufgabe.

Die Wiener 365-Euro-Jahreskarte stand über viele Jahre beispielhaft für die Idee eines einfachen und leistbaren Zugangs zum öffentlichen Verkehr. Mit dem KlimaTicket Österreich wurde dieser Ansatz auf die bundesweite Ebene übertragen. Beide Angebote haben unterschiedliche Rahmenbedingungen, folgen aber demselben Grundgedanken: Öffentliche Mobilität soll für möglichst viele Menschen eine attraktive und finanziell leistbare Alternative zum Auto darstellen.

Inzwischen wurden sowohl die Tarife der Wiener Jahreskarte als auch jene des KlimaTickets Österreich angehoben. Gerade angesichts hoher Wohn-, Energie- und Lebenshaltungskosten sollte deshalb bei künftigen Preisentscheidungen besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, dass öffentliche Mobilität für Arbeitnehmer:innen und ihre Familien leistbar bleibt.

Dabei dürfen die unterschiedlichen politischen Ebenen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Bund, Länder und Gemeinden tragen jeweils Verantwortung für Finanzierung, Angebot und Rahmenbedingungen des öffentlichen Verkehrs. Eine sozial gerechte

Verkehrspolitik braucht deshalb eine abgestimmte Strategie: leistbare Tarife, ein attraktives Angebot und ausreichende öffentliche Investitionen.

Auch die Unterstützung von Pendler:innen ist ein wichtiger Teil dieser Strategie. Seit 2026 wurde der Pendlereuro von zwei auf sechs Euro je Kilometer der einfachen Wegstrecke erhöht. Gleichzeitig zeigen Analysen des parlamentarischen Budgetdienstes, auf die sich der VCÖ bezieht, eine deutlich ungleiche Verteilung der zusätzlichen Entlastung nach Einkommensgruppen. Ziel sollte daher eine Pendler:innenförderung sein, die sozial treffsicher ist, unterschiedliche Lebensrealitäten berücksichtigt und dort, wo entsprechende Angebote vorhanden sind, den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel unterstützt.

Die Arbeiterkammer Wien soll sich daher für eine Mobilitätspolitik einsetzen, die soziale Leistbarkeit, gute öffentliche Infrastruktur und Klimaschutz miteinander verbindet – in Wien ebenso wie in ganz Österreich.

Die 186. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien fordert die Wiener Landesregierung und die Bundesregierung auf, in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich:

1. Jahreskarten für den öffentlichen Verkehr dauerhaft leistbar zu halten und bei künftigen Tarifentscheidungen die soziale Leistbarkeit besonders zu berücksichtigen;

2. soziale und zielgerichtete Tarifangebote weiterzuentwickeln, damit insbesondere Menschen mit niedrigen Einkommen nicht von steigenden Mobilitätskosten überproportional belastet werden;

3. eine verlässliche Finanzierung des öffentlichen Verkehrs sicherzustellen und öffentliche Mittel vorrangig in Ausbau, Qualität, Zuverlässigkeit, Barrierefreiheit und Leistbarkeit des Angebots zu investieren;

4. die Förderungen für Pendler*innen sozial und ökologisch treffsicher weiterzuentwickeln, sodass insbesondere jene Menschen unterstützt werden, die auf regelmäßiges Pendeln angewiesen sind, und gleichzeitig Anreize für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel gestärkt werden;

5. ökologisch kontraproduktive Förderungen und steuerliche Begünstigungen im Verkehrsbereich zu überprüfen und schrittweise abzubauen und dadurch entstehende finanzielle Spielräume für eine sozial gerechte und klimafreundliche Mobilität zu nutzen

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☐